

Walther L. Bernecker / Klaus Dirscherl

Einleitung

Die vorliegende Ausgabe von *Spanien heute* ist im Vergleich zu den ersten beiden Auflagen des gleichnamigen Titels ein vollständig neues Buch: Die meisten Aufsätze sind als Originalbeiträge ausdrücklich für diesen Band geschrieben worden; für den Kulturteil konnte ein neuer Herausgeber gewonnen werden; in vielen Fällen sind neue Themenschwerpunkte gesetzt worden; wenn doch frühere Themen von den gleichen Autoren wieder bearbeitet worden sind, wurden die Beiträge umstrukturiert und bis in die unmittelbare Gegenwart fortgeschrieben; die Einleitung berücksichtigt all diese Änderungen und führt nicht nur in das Spanien der *transición* ein, sondern zieht bereits ein (vorläufiges) Fazit der sozialistischen Regierungsjahre und skizziert die Umstände der konservativen Wende von 1996; die Chronologie wurde aktualisiert, die Bibliographie durch Aufnahme neuester Titel vervollständigt.

Die in den einzelnen Beiträgen behandelte Zeitspanne umfaßt in erster Linie die Jahre zwischen 1975, als durch den Tod des früheren Staatschefs Francisco Franco der Übergangsprozeß in die Demokratie entscheidend angestoßen wurde, und heute; immer wieder mußte in den Aufsätzen jedoch auf die Jahre der Diktatur zurückverwiesen werden, um die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte verständlich erscheinen zu lassen. Aus der Sicht des Jahres 1998 mußten bei dem Unterfangen, einen Aufsatzband über das heutige Spanien herauszugeben, drei Zeiteinheiten Berücksichtigung finden: zum einen die Jahre der *transición* im engeren Sinne des Wortes (1975-1982), zum anderen die lange Phase der sozialistischen Herrschaft (1982-1996), schließlich der Übergang der Regierungsgewalt an die konservative Volkspartei im Jahre 1996.

Die *transición*

Was jener insgesamt friedliche Systemwechsel von einer autoritären Diktatur in eine liberal-pluralistische Demokratie, die vielgepriesene *transición*, in einer längerfristigen historischen Perspektive bewirkt hat, macht ein Vergleich zwischen den dreißiger und den neunziger Jahren deutlich. Blickt man nämlich heute auf die letzten sechzig Jahre spanischer Geschichte zurück, auf die Zeit der Republik (in ihren Friedens- und Bürgerkriegsjahren), auf die lange Epoche der franquistischen Diktatur und auf die erregenden Jahre des Übergangs in eine parlamentarisch-demokratische Monarchie, und vergleicht man sodann den Ausgangspunkt mit dem Endpunkt, so präsentiert sich dem Betrachter ein merkwürdig-wider-

sprüchliches Bild: In den Jahren der Zweiten Republik war Spanien in politischer Hinsicht ein modernes Land, wenn man darunter ein aufgefächertes Parteien- und Verbandswesen, wirksame Vertretungskörperschaften, ein differenziertes und unabhängiges Medienwesen und die Chance zu direkter Einwirkung möglichst großer Bevölkerungskreise auf die Zusammensetzung des Parlaments versteht. Im wirtschaftlichen Bereich wies es demgegenüber noch alle Merkmale einer rückständigen, international nicht konkurrenzfähigen Struktur auf, und auch im gesellschaftlichen Sektor überwogen die Merkmale der Traditionalität, des Verhaftetseins in jahrhundertealten Strukturen.

In der Schlußphase des Franquismus, also rund vierzig Jahre später, hatten sich die Vorzeichen geradezu umgekehrt. Unabhängig davon, welche der sozioökonomischen Indikatoren für Modernität herangezogen werden, war Spanien gesellschaftlich und wirtschaftlich ein modernes Land: Die Demographie hatte in den letzten Jahrzehnten immer ausgeprägter die Muster entwickelter Industrienationen angenommen, die Wanderungsbewegungen hatten zu hochgradiger Verdichtung der spanischen Bevölkerung und einer hohen Urbanisierungsrate geführt, die Erwerbsstruktur der Bevölkerung entsprach weitgehend der anderer Industriegesellschaften, das Wertesystem war fundamentalen Wandlungen unterworfen worden, der Säkularisierungsprozeß hatte nahezu alle Schichten der Bevölkerung erfaßt. Ganz anders sah demgegenüber der Befund im politischen Bereich aus. Das autoritäre Herrschaftssystem des Franquismus, das wie eine eiserne Glocke über die Gesellschaft gestülpt worden war, hatte nur wenige optische Retuschen erfahren, der Diktator war über Jahrzehnte hinweg unangefochten im Besitz der politischen Macht geblieben. Der autoritär-hierarchische Grundzug des Regimes hatte sich bis zuletzt nicht gewandelt.

Wiederum zehn Jahre später, also Mitte der achtziger Jahre, zeigte Spanien ein abermals radikal verändertes Gesicht. Die Immobilität des Franquismus, seine Unfähigkeit, eine politische Entwicklung einzuleiten und das Land aus der politischen Totenstarre des Bürgerkrieges hinauszuführen, war nach dem Ableben des Diktators schnell überwunden worden und hatte einem dynamischen Reformismus Platz gemacht, der unter der behutsamen Anleitung eines jungen Monarchen das Land innerhalb weniger Jahre zu einer parlamentarischen Demokratie werden ließ.

Die letzten sechzig Jahre spanischer Geschichte lassen von neuem deutlich werden, was für die iberische Geschichte des 19. Jahrhunderts wiederholt festgestellt worden ist: daß die Entwicklung Spaniens sich durch Diskontinuitäten und Verwerfungen auszeichnet, deren augenfälligste die Ungleichzeitigkeit der politischen und wirtschaftlich-sozialen Verfassung ist; daß heterogene Elemente stets gleichzeitig anzutreffen waren. Wie kaum ein anderer Staat war Spanien ein »Land der halben Entwicklungen«. Erst die Reformen der letzten zwei Jahrzehnte schei-

nen endgültig die Differenzen zwischen politischem und sozioökonomischem Entwicklungsstand eingeebnet zu haben.

Auf das weite Gebiet der Kultur üben Ereignisse und Zäsuren im politischen Leben einen weit geringeren Einfluß aus als wirtschaftliche Vorgänge. Gerade die Phase der *transición* in Spanien bietet dafür ein anschauliches Beispiel. Weder der Tod Francos 1975 noch die endgültige Abschaffung der Zensur 1977 wurden zu Schlüsseldaten für Literatur, Theater, Musik, Film oder Bildende Kunst. Die entscheidenden Entwicklungen hatten entweder schon viel früher eingesetzt – wie etwa in der Literatur Anfang der siebziger Jahre – oder kamen erst sehr viel später in Gang: im Theater von der Mitte der achtziger Jahre an. In der ersten Zeit der wiedergewonnenen Freiheit holten Literaten und Poeten, Theaterautoren und Maler auch keineswegs bis dahin sorgsam vor dem Zensor versteckte Meisterwerke hervor, obwohl in der Öffentlichkeit hier und da entsprechende Erwartungen gehegt wurden. Vielmehr machte sich, schon bald nachdem der Druck gewichen war, eine gewisse Orientierungslosigkeit breit – auch und gerade als Folge der wirtschaftlichen Unsicherheiten.

Zu Recht gilt ein besonderes Interesse der historisch-politisch interessierten Öffentlichkeit den letzten zwei Jahrzehnten, in denen das Land aus dem politischen Steinzeitalter in die Epoche der politischen Modernität geradezu katapultiert worden ist. Zu diesem im ganzen geglückten Übergang von der Diktatur zur Demokratie haben alle wichtigen Parteien und sozialen Schichten durch Verzicht auf manche Forderungen, durch besonnenes Verhalten, durch Augenmaß und politische Reife beigetragen. Für besondere Überraschung sorgte König Juan Carlos, der im Demokratisierungsprozeß eine Rolle übernahm, die ihm niemand zuge-
traut hatte: Anfangs abgestempelt als gefügiges Werkzeug Francos, dann nach dessen Tod eingeschätzt als eine Galionsfigur ohne Zukunftserwartung, als anachronistische Notlösung, galt er ab 1977 unumstritten als Motor demokratischer Reformen, überparteilicher Wächter der Verfassung und wichtigste Integrationsfigur im Lande.

Nach dem Tode Francos repräsentierte Juan Carlos vorerst die Kontinuität der »Nationalen Bewegung«, der traditionellen Ordnung und der angestammten Hierarchien. Der Übergang zur parlamentarischen Demokratie wurde insofern von legal-institutionellen Hindernissen befreit, als der König seine Autorität für jenen Prozeß ebenso entschieden wie behutsam einsetzte und den eidgebundenen Offizieren das Beispiel einer zeitgemäßen Haltung vor Augen führte. Die Rolle des Königs ist nicht nur passiv gewesen. Er hat vielmehr eine aktive militärische Personalpolitik betrieben, indem er nach 1975 unzählige Militärzentren besuchte, ständig Kontakt mit Offizieren hielt, den Dialog mit den früheren Waffenbrüdern nie abbrechen ließ. Außerdem stellte der Monarch eine der letzten großen Symbolfiguren dar, die die Armee mit der angeblich glorreichen Militärtradition ver-

band. In einer Lage, in der sich in konservativen Fraktionen der Armee ein Gefühl der Frustration und Entrüstung wegen der Rückkehr der früheren Gegner von links und wegen der Preisgabe traditioneller Positionen breitmachte, erschien der König als Bewahrer geheiligter Traditionen und als Bollwerk gegen eine linksinspirierte Zersetzung der Gesellschaft.

Neben Juan Carlos trat – als zweite Überraschung – Adolfo Suárez, der Schritt für Schritt, unterstützt vom König und legitimiert durch das Referendum vom Dezember 1976, das Franco-Regime demontierte, die Einheitspartei auflöste, die Syndikate durch freie Gewerkschaften ersetzte, Parteien zuließ, die Pressefreiheit garantierte, das Militär aus seiner Verstrickung in die Politik hinauszuführen versuchte, das Ständeparlament zur Selbstauflösung überredete: Schritt für Schritt, wenn auch zum Teil in atemberaubendem, wiewohl sorgfältig kalkuliertem Tempo erfolgte der Übergang vom Franquismus in die Moderne, der Wandel ohne Blutvergießen. Die bürgerliche Mitte-Rechts-Regierung bewerkstelligte unter seiner Führung den friedlichen Übergang von der Diktatur in die Demokratie; trotz aller Kritik, die an der Zentrumsregierung geübt werden kann, ist das ihre große historische Leistung, die uneingeschränkte Anerkennung verdient.

Die sozialistische Regierungszeit (1982-1996)

Nachdem zu Beginn der achtziger Jahre im Bereich der politischen Mitte die Union des Demokratischen Zentrums (*Unión de Centro Democrático*, UCD) – jene Partei, die unter der Führung von Adolfo Suárez die wesentlichen Maßnahmen im Prozeß der Transition durchgeführt hatte – zwischen der Notwendigkeit von Reformen und den eigennützigen Interessen konservativer Gruppen zerrieben worden war, wurden die Wahlen von 1982 zwischen der rechten Volksallianz (*Alianza Popular*, AP) und der Sozialistischen Partei (*Partido Socialista Obrero Español*, PSOE) unter ihrem jungen Generalsekretär Felipe González entschieden. Die Sozialisten errangen die absolute Mehrheit der Parlamentssitze und regierten das Land bis 1996. Diese lange Epoche der PSOE-Regierungstätigkeit läßt sich unter zwei Rubriken zusammenfassen:

Sozial- und wirtschaftspolitisch ging es um eine längst überfällige Modernisierung, d.h. um die erforderliche strukturelle Anpassung an die Weltwirtschaft; außen- und sicherheitspolitisch standen zuerst der Eintritt in die Europäischen Gemeinschaften und der Verbleib in der NATO, später dann die Integration in die supranationalen Organisationen der westlichen Hemisphäre zur Debatte. In beiden Bereichen sollte es zu erheblichen Friktionen und Widersprüchen kommen; die Sozialisten betrieben weder die Politik, die ihre rechten Kritiker drohend vorhergesagt hatten, noch führten sie die Maßnahmen durch, die ihre linken Anhänger erhofften.

Als besonders problematisch erwies sich der Wirtschaftsbereich. Schon zu Beginn seiner Amtszeit hatte Felipe González als Ziele der nächsten vier Jahre die völlige Anpassung des Landes an das Europa der Gemeinschaft, Wirtschaftswachstum und geringere Arbeitslosigkeit, technologischen Fortschritt und Ausgleich der sozialen Gegensätze innerhalb der Bevölkerung bezeichnet. Die allgemeine Zielsetzung war ein Spanien, das »funktioniert« und »europäisch« ist. Diese Ziele konnten nur partiell erreicht werden.

Der Regierung mußte es primär darum gehen, die Industrie wieder wettbewerbsfähig zu machen; das aber bedeutete, daß die Sozialisten sich vor allem mit denen anzulegen hatten, die ihnen zur Macht verholfen hatten: Bis Anfang 1988 entließen die staatlichen Betriebe 60.000 Beschäftigte, nachdem sie Jahr für Jahr Verluste gemacht hatten; die in der Staatsholding INI zusammengefaßten Unternehmen waren 1983 etwa mit fast 2,9 Milliarden Mark in den roten Zahlen; dazu gehörten beispielsweise die Fluggesellschaft Iberia, die Automobilfirma Seat, die Werftindustrie und der Bergbau. Vom Gesamtmodernisierungsprogramm betroffen waren vor allem Betriebe in Krisenbranchen – etwa Werften, Stahlunternehmen, Textilbetriebe, die Elektroindustrie. Wo immer die Regierung konnte, privatisierte sie Staatsunternehmen.

Das Hauptziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung konnte nicht erreicht werden: die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Nach zweijähriger sozialistischer Amtszeit gab es (Ende 1984) schon 500.000 Beschäftigungslose mehr; mit 21% Arbeitssuchenden stellte Spanien damit einen traurigen europäischen Rekord. Der ebenfalls Ende 1984 abgehaltene 30. Parteitag der Sozialisten stand allerdings unter dem Motto: »Spanien – Verpflichtung zur Solidarität«. Damit sollte betont werden, daß nach dem Wechsel von 1982 nicht eine bloß technokratische und an makroökonomischen Daten orientierte Krisenbewältigung und industrielle Modernisierung angestrebt wurde. Trotz aller Bemühungen stieg die Arbeitslosigkeit jedoch weiter: Mitte 1985 betrug sie rund 23% (über drei Millionen Beschäftigungslose). Die Situation wird zwar durch die »Schattenwirtschaft« (*economía sumergida*), die unregistrierte Tätigkeit von Schwarzarbeitern wie von »Einzelunternehmern« (etwa Handwerker oder Putzfrauen), erleichtert, doch nur ein Drittel der Arbeitslosen ist versichert, was wieder schwere soziale Belastungen zur Folge hat. Die »liberal-konservative Politik« von Wirtschaftsminister Miguel Boyer (so die Tageszeitung *El País*) mit ihren Lohnbeschränkungen, ihrer Lockerung des Kündigungsschutzes und der Erhöhung der Unternehmergewinne schürte weitere Konflikte. (Die Inflation, die 1982 noch fast 15% betragen hatte, konnte allerdings bis 1987 auf rund 4,5% gesenkt werden.) Mitte 1985 wurden von Boyer weitere Reformvorhaben zur Belebung der Wirtschaft eingeleitet. Durch Steigerung des Inlandkonsums und eine Erleichterung der Investitionen sollten die Stagnation und die unaufhaltsam wach-

sende Arbeitslosigkeit bekämpft werden; zentrale Aspekte der Reformen waren die Senkung der Einkommenssteuer, eine Änderung der Sozialversicherungen zuungunsten der Arbeitnehmer, die Erleichterung der Auslandsinvestitionen und die Minderung der Steuerlast für die Unternehmen. Während die Rechtsopposition die Maßnahmen begrüßte, ging die sozialistische Gewerkschaft UGT offen auf Kollisionskurs mit dem marktwirtschaftlich-liberalen Sanierungs- und Austeritätsprogramm der Regierung. Gleichzeitig kam es zum ersten Generalstreik seit 40 Jahren – einem Streik gegen das neue Rentengesetz, das eine Verringerung der Anfangsrenten vorsah.

Hatte die PSOE-Regierung bei ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik vor allem mit der Gegnerschaft der Arbeiter zu rechnen, so provozierte ihre Reformprogrammatische in vielen anderen Bereichen die Reaktion der konservativen Rechten. Die Opposition der Volkskoalition verwies systematisch alle Gesetze, die das »alte« Spanien modernisieren sollten, ans Verfassungsgericht. Zeitweise lag über ein Dutzend wichtiger Gesetze bei Gericht vor, darunter die Reform des Schulwesens, ein Universitätsgesetz, ein Gewerkschaftsgesetz und ein Gesetz zur gerechteren Regelung des Finanzausgleichs der Regionen.

Blickt man auf die lange Regierungszeit des PSOE zurück, so drängt sich ein ambivalenter Eindruck auf: Einerseits ist auf beachtliche Erfolge zu verweisen, die es der Partei ermöglicht haben, die unter demokratischen Verhältnissen einmalig lange Zeit von fast 14 Jahren zu regieren. Andererseits ist eine Negativbilanz unübersehbar, die schließlich zur Abwahl des PSOE führte. Im sozioökonomischen Bereich etwa wird deutlich, daß Spaniens Sozialisten die Restriktionen des Weltmarkts und den Modernisierungsdruck durch den EG-Beitritt als handlungsbestimmend betrachteten. Dementsprechend konzentrierte sich die Politik in einer ersten Phase auch auf die Modernisierung der Wirtschaft, und erst für eine zweite Etappe war der umfassende Aufbau eines Wohlfahrtsstaats vorgesehen. Die Konzentration der liberalen PSOE-Wirtschaftspolitik auf den Markt verwies Umverteilungsvorstellungen deutlich an die zweite Stelle der regierungspolitischen Ziele, während die gesamtwirtschaftliche Strategie sich primär an der Inflationsbekämpfung, der Stabilisierung der Leistungsbilanz und der Eindämmung des Defizits im öffentlichen Sektor (etwa durch Rationalisierung und Teilprivatisierung) orientierte. Dementsprechend war auch der ökonomische Modernisierungsschub in der Ära González gewaltig: Das Bruttoinlandsprodukt Spaniens stieg seit Mitte der achtziger Jahre im Jahresdurchschnitt um 2,9% (EU-Durchschnitt: 2,4%), die Inflationsrate konnte halbiert werden, die Devisenreserven vervierfachen, der Außenhandel verfünffachte, die jährlichen Auslandsinvestitionen verachtfachten sich. Das Wohlstandsniveau der Bevölkerung wurde spürbar erhöht. Die neoliberale Grundorientierung der Wirtschaftspolitik zog in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre einen regelrechten (nationalen wie internatio-

nen) Investitionsboom nach sich. Das Land wurde zu einem der begehrtesten Märkte in Europa. Was González, vor allem unter den älteren Spaniern, seine Stammwählerschaft einbrachte, war der unter seiner Regierung deutlich gestiegene Lebensstandard für die Mehrheit der Bevölkerung. Vor allem auf das flache Land brachte er (einige) Segnungen des Wohlfahrtsstaates: Renten, Arbeitslosengelder, staatlicher Gesundheitsdienst sind Errungenschaften, die mit der Regierung des PSOE in Zusammenhang gebracht werden.

Von großer kultureller Bedeutung war der Sog jener Aufbruchbewegung, die Mitte der achtziger Jahre Spanien und ganz besonders die Hauptstadt Madrid erfaßte und die in breiten, vor allem jüngeren Bevölkerungsschichten ein bis dahin ungekanntes Interesse an kulturellen Aktivitäten im weitesten Sinn weckte. Es war gewiß kein Zufall, daß diese sogenannte *movida* kultureller Praxis nahezu synchron mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage einherging. In der Kunst ist der Zusammenhang besonders eindeutig: Bilder und sonstige künstlerische Arbeiten wurden auf einem üppig wuchernden Markt unverblümt als Anlageobjekt betrachtet. Und die Kultur generell entdeckte auf teilweise »berauschende« Art den spektakulären Ereignischarakter eines Teils ihrer Praktiken.

Die Sozialisten brachten eine sehr viel größere Bereitschaft als frühere Regierungen auf, Geld in die Kultur im weitesten Sinn zu stecken – womit der Staat zum ersten Mal seit mehr als vierzig Jahren Verantwortung in einem Bereich übernahm, der sich bislang weitgehend aus individuellen und privaten Initiativen erneuerte oder unter der Dunstglocke staatlicher Zensurkultur dahinkümmerte. Das bedeutete zwar keineswegs, daß damit zwangsläufig Theateraufführungen und Konzerte besser wurden. Die Versäumnisse aus der Zeit der Diktatur waren nicht auf einen Schlag zu beseitigen. Doch die Arbeitsbedingungen für Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle wurden zum Teil entscheidend verbessert.

Gleichzeitig aber veränderten sich auch die »medialen« Grundbedingungen kultureller Praxis mit der zunehmenden Dominanz visueller Medien über die tradierte »Monokultur« des Schriftlichen. Videotheken ersetzten zunehmend Buchläden, soweit solche überhaupt vorhanden waren. Das Fernsehen erweiterte durch neue Vermittlungstechniken seine Programmvielfalt und seine Reichweite. Die Tatsache, daß die führenden Tageszeitungen *El País* und *El Mundo* mit den dahinter stehenden Kommunikationskonzernen heute einen »Medienkrieg« um sogenannte Plattformen des Telekommunikationsmarktes des 21. Jahrhunderts führen, macht nicht nur deutlich, wie sehr Kultur und öffentliche Kommunikation (nicht nur in Spanien) mittlerweile »mediatisiert«, sondern auch, wie unentwerrbar kulturelle, politische und wirtschaftliche Interessen aufs innigste verschränkt sind.

Außenpolitisch ist die Bilanz der zweiten Hälfte der Ära González durchaus erfolgreich: Zuerst ist die Verbesserung des internationalen Ansehens Spaniens durch das »Superjahr« 1992 (Olympiade in Barcelona, Weltausstellung in Sevilla,

Madrid Kulturhauptstadt Europas) zu nennen. Sodann ist auf die besonders erfolgreiche Europa-Politik (insbesondere in der zweiten Hälfte 1995, als das Land den Vorsitz in der Europäischen Union innehatte) des überzeugten Europäers González zu verweisen. Selbst innenpolitische Gegner gestanden der sozialistischen Außenpolitik große Erfolge zu: Das Gewicht Spaniens in der Europäischen Union hat zugenommen, für den Friedensprozeß im Nahen Osten war Spanien ein bedeutender Vermittlungspartner, seit einiger Zeit ist der angesehene Außenpolitiker Javier Solana NATO-Generalsekretär, Spanien hat an allen wichtigen NATO-Aktionen – etwa im zweiten Golfkrieg gegen den Irak oder bei den Missionen im ehemaligen Jugoslawien – mitgewirkt.

Die Ära González weist allerdings auch eine andere Seite auf: Bei Regierungsantritt der Sozialisten (1982) betrug die Staatsverschuldung 31,4% des Bruttoinlandsproduktes, am Ende ihrer Regierungszeit (1996) lag sie bei 65% – trotz langjährigen Wachstums, milliardenfacher Unterstützung aus der Brüsseler EU-Kasse und eines stark gestiegenen Steuerdrucks. Hatte die Vorbereitung auf das »Feierjahr« 1992 im Lande selbst wie im Ausland eine regelrechte Spanien-Euphorie bewirkt, so war schon vor Ablauf des Jubeljahres der Einbruch erfolgt, von dem sich das Land nur allmählich erholte. Im Hinblick auf die Maastrichter Konvergenzkriterien blieb die spanische Wirtschaft deutlich hinter den Mindestanforderungen zurück, eine Teilnahme an der vorgesehenen Währungsunion erschien lange Zeit unwahrscheinlich. Vor allem konnte das Hauptproblem im Sozialbereich nicht gelöst werden: die hohe Arbeitslosigkeit, die (je nach Berechnungsgrundlage) zwischen 16 und 22% lag.

Arbeitslosigkeit und Sozialabbau für die Verlierer des ökonomischen Modernisierungsprozesses waren auch die Hauptgründe, weswegen sich zuerst die Gewerkschaften und allmählich immer breitere Schichten der Gesellschaft von der Regierungspolitik abwandten. Die Regierung mußte zumindest partiell Konzessionen machen. Das Ende der Sparpolitik führte auch zum Zusammenbruch der spekulativen »Kasino-Wirtschaft«, ausländische Anleger zogen erschreckt ihre Gelder ab, die Pesete verlor an Wert, eine Welle von Pleiten und Entlassungen erfaßte das Land. An diesen Schwierigkeiten zerbrach schließlich das Reformbündnis zwischen Arbeitern und urbaner Mittelschicht, das über zehn Jahre lang die Grundlage »felistischer« Politik gewesen war, nachdem die besserverdienenden Angestellten nicht länger bereit waren, mit höheren Steuern, steigenden Zinsen und stagnierenden Renten das soziale Netz für die Verlierer der sozialistischen Modernisierung zu finanzieren.

Zu der somit nicht uneingeschränkt positiven Bilanz im sozio-ökonomischen Bereich gesellten sich seit Anfang der neunziger Jahre stets kritischere Aspekte im politischen Sektor. Immer häufiger wurden in der Öffentlichkeit Vorwürfe wie Vetternwirtschaft, Gefälligkeitskorruption, Arroganz, provozierende Zur-

schaustellung von Privilegien, Leistungsunfähigkeit in der Staatsverwaltung, technokratisches Amtsverständnis, mangelnde soziale Sensibilität, Förderung des konsumistischen und materialistischen Denkens und Verhaltens laut. Gewerkschaften und Arbeiterbasis ergriffen deutlich gegen die Regierungspolitik Partei. Schließlich war das Ansehen der Regierung im Ausland weit besser als im Inland.

Hinzu kam, daß seit 1993 Regieren für die Sozialisten ungleich schwieriger als zuvor geworden war: Als der Vertrauensschwund in die »politische Klasse« zugenommen hatte, die Wirtschaft in eine tiefe Rezession geraten war und Krisenbewußtsein sich breitgemacht hatte, trat Ministerpräsident González die Flucht nach vorne an und ließ im Juni 1993 vorgezogene Neuwahlen durchführen. Die Sozialisten gingen zwar mit 38,68% der Stimmen und 159 (von 350) Abgeordnetensitzen als Sieger aus den Wahlen hervor; sie hatten aber ihre absolute Mehrheit verloren und waren fortan auf die parlamentarische Unterstützung durch die katalanischen Nationalisten (*Convergència i Unió*) in den *Cortes* angewiesen. Die Rede war von einem »historischen Kompromiß«. Um die für parlamentarische Mehrheiten erforderliche Unterstützung der Regionalisten von Jordi Pujol zu erhalten, versprach der Regierungschef, weitere Kompetenzen, vor allem im Finanzbereich, an die Autonomen Gemeinschaften zu übertragen; diese erhielten sodann 15% der Lohn- und Einkommenssteuer zu ihrer freien Verwendung überlassen.

Trotz des parlamentarischen Rückhalts sah sich die Regierung in den Folgejahren ständigen Krisen ausgesetzt. Angesichts des auf zahlreiche politische Skandale und Korruptionsaffären zurückgehenden Popularitätsverlustes verabschiedete der PSOE auf seinem 33. Parteitag 1994 einen Katalog von Maßnahmen, mit denen die drückendsten Probleme des Landes angegangen werden sollten: Eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sollte der spanischen Wirtschaft die weitere Integration in die EU erleichtern, eine moderate Lohnpolitik und die Bekämpfung des Sozialversicherungsbetrugs sollten zur Stabilisierung der Unternehmen beitragen, und zur Aufbesserung des Ansehens der »politischen Klasse« beschloß die Partei, entschiedener gegen die Korruption vorzugehen. Die Korruptionsaffären rissen jedoch nicht ab: Dem ehemaligen Generaldirektor der Sicherheitspolizei *Guardia Civil*, Luis Roldán, wurden Amtsmißbrauch und massive illegale Bereicherung vorgeworfen. Nach einer spektakulären Verfolgungsjagd wurde der untergetauchte Roldán schließlich in Laos gestellt und in Spanien inhaftiert. Die Transferierung unverteuerter Spekulationsgewinne in Höhe von mehreren Millionen Mark ins Ausland durch Mariano Rubio, den Gouverneur (1984-1992) der Zentralbank, erschütterte das Vertrauen in die solidesten Institutionen des Landes. Die Verhaftung des Großfinanziers Javier de la Rosa wegen Betrugs, Urkunden- und Bilanzfälschung, durch welche die größte Pleite in der spanischen Geschichte ausgelöst worden war, erschütterte die Position des katalanischen Regierungschefs Pujol, der Finanzbürgschaften für ihn übernommen hatte. Ende 1994

gesellte sich zu den zahlreichen Korruptionsvorwürfen der Verdacht des Staatsterrorismus: Im Auftrag oder zumindest mit Billigung des staatlichen Polizeiapparats soll die 1983-1987 aktive Terrorgruppe *Grupos Antiterroristas de Liberación* (GAL, »Antiterroristische Befreiungsgruppen«) Attentate gegen Mitglieder der baskischen Organisation ETA mit dem Ziel verübt haben, die baskische Unabhängigkeitsbewegung durch gezielten Gegenterror zu zerschlagen. Selbst Ministerpräsident González kam in den (von ihm stets bestrittenen) Verdacht, als *Señor X* Urheber und Organisator der GAL-Aktionen gewesen zu sein.

Die nicht abreißende Kette von Skandalen und Verdächtigungen führte zu erheblichen Einbrüchen des PSOE in der Wählergunst. Bei Kommunal- und Regionalwahlen mußten die Sozialisten selbst in früheren Hochburgen hohe Verluste hinnehmen. Dafür gewannen die Konservativen des *Partido Popular* (PP, »Volkspartei«) zunehmend an politischem Einfluß. Die Partei war nach verschiedenen Umbenennungen 1989 aus der früheren »Volksallianz« (*Alianza Popular*) Fraga Iribarnes hervorgegangen. Nachdem unter der Führung dieses Altfranquisten offensichtlich kein großer Stimmenzugewinn zu erreichen war, öffnete sich die neu konstituierte Partei zur Mitte, vermied allzu »brisante« Wahlthemen wie Abtreibung oder Todesstrafe, distanzierte sich von den vielzitierten »faktischen Mächten« (Kirche, Militär, Banken), ging zum Unternehmerverband CEOE auf Distanz und präsentierte sich pausenlos als Alternative für die Mittelschichten.

Der 9. Kongreß des *Partido Popular* wurde 1989 zu einem wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Partei. Fraga Iribarne ließ sich erneut zum Vorsitzenden wählen; er konnte den Generalsekretär des Europarates, den liberalen Christdemokraten Marcelino Oreja, als Stellvertretenden Vorsitzenden in die Partei integrieren. Kurz danach wechselte auch die Christdemokratie unter ihrem Vorsitzenden Javier Rupérez zum *Partido Popular* über. Im Hinblick auf eine Integration in den Bund der Europäischen Christdemokraten änderte der Kongreß den Parteinamen von »Volksallianz« zu »Volkspartei«. Nach zähen Verhandlungen zwischen Fraga und dem Vorsitzenden des »Demokratischen und Sozialen Zentrums«, Adolfo Suárez, entstand im Frühjahr 1989 zwischen beiden Parteien ein Pakt, durch den über Mißtrauensanträge in den Autonomen Gemeinschaften und Gemeinden sozialistische Bürgermeister gestürzt werden sollten. Die ersten Bürgermeisterwechsel vollzogen sich in Guadalajara und in Ibiza, der wichtigste und symbolträchtigste ereignete sich in Madrid, wo der PSOE-Oberbürgermeister Juan Barranco seinen Sessel dem Zentristen Agustín Rodríguez Sahagún räumen mußte.

Bei den Wahlen von 1989 zum Europaparlament erlitt der PP empfindliche Verluste. Daraufhin wurde der Regierungschef von Kastilien-León, der junge Finanzinspektor José María Aznar, von Fraga zum PP-Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bei den bevorstehenden Parlamentswahlen bestimmt. Neuer Generalsekretär der Partei wurde Francisco Álvarez Cascos. Der *Partido*

Popular konnte bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1989 zwar in keiner Weise die Vorherrschaft des PSOE gefährden, aber mit knapp 5,3 Millionen Wählerstimmen und 106 Abgeordnetenmandaten sein Ergebnis von 1986 leicht verbessern. Damit war für Aznar der Weg zum PP-Parteivorsitz frei, Fraga wurde Ehrenvorsitzender.

Als Anfang 1990 einige Mitte- und Regionalparteien eine Annäherung an den regierenden PSOE vollzogen und diese Zusammenarbeit als »konstitutioneller Block« bezeichnet wurde, entschied sich auch der PP für eine verhandlungsbereite Haltung der Regierung gegenüber. In allen staatspolitisch wichtigen Fragen (Wirtschaft, Bildung, Terrorismusbekämpfung, EG) sollte eine enge Abstimmung zwischen den Parteien erfolgen. Damit schlug die Volkspartei einen neuen Kurs ein: Nach dem eher populistischen Versuch der Jahre 1986/87 hatte die Partei seit 1989 auf die zentristisch-christdemokratische Karte gesetzt; fortan wurde der »liberalen« Linie Vorzug gegeben. Der »Trend zur Mitte« ließ sich auch an der Zusammensetzung der neuen Führungsmannschaft der Partei feststellen: Fast die Hälfte kam aus der früheren »Union des Demokratischen Zentrums«. Das Durchschnittsalter der Parteiführung betrug damals vierzig Jahre; damit sind die führenden Mitglieder der Partei nicht mehr von den Bürgerkriegspolarisierungen geprägt.

Anfang April 1990 fand in Sevilla der 10. Parteikongreß statt, auf dem Aznar einstimmig zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Manuel Fraga Iribarne wurde zum »Gründer-Vorsitzenden« (*Presidente-Fundador*) der Partei. Auf dem Kongreß betonte die Volkspartei ihre Position der »Unabhängigkeit, Mäßigung und Mitte«; sie präsentierte sich als einzige Alternative zu den regierenden Sozialisten, verwandte in ihrem Aufruf zugleich moralisierende Parolen, die deutlichen Anklang an die sozialistischen Aufrufe von 1982 erkennen ließen. Zum Programm-»Dekalog« der Partei gehörten eine stärker bürgerbezogene Autonomiepolitik, Glaubwürdigkeit der rechtsstaatlichen Institutionen, Europazugewandtheit, ein neuer Regierungsstil, Modernisierung des Landes, Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit, gesellschaftliche Solidarität.

Um nicht von dem Negativsog der Sozialisten, der spätestens seit 1993 klar erkennbar war, erfaßt zu werden, kündigte im Herbst 1995 der katalanische Regierungschef Jordi Pujol die Unterstützung der Regierung González durch seine Partei auf. Damit wurden vorgezogene Neuwahlen unausweichlich. Der Wahlkampf war wesentlich von der »Korruptionskultur« der vorhergehenden Jahre geprägt; er wurde von allen Beteiligten in dem Bewußtsein geführt, daß in Spanien eine lange Epoche zu Ende ging und ein »historischer« Neuanfang bevorstand. Schon vor der »Abwahl« der Sozialisten wurden allenthalben historische Nachrufe auf die Regierungszeit von González veröffentlicht. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die sozialistische Epoche in späteren Geschichtsbüchern wohl

als die Phase spanischer Geschichte interpretiert werden dürfte, in der das Land die endgültige Wende zur Modernität vollzog. Vergessen waren die Befürchtungen eines möglichen Rechtsputsches, verfliegen der Traum eines spanischen Sonderweges. Europazugewandtheit, internationale Zusammenarbeit, Stabilisierung demokratischer Institutionen, wirtschaftliche Öffnung, Ausbau der Infrastruktur, Einführung wohlfahrtsstaatlicher Elemente im Erziehungswesen, im Rentensystem oder bei der Krankenversicherung – all das sind unbezweifelbare politische Erfolge des *Felipismo*, der sozialistischen Regierungsära unter Felipe González.

Die konservative Wende (1996)

Bei den Wahlen vom 3. März 1996 wurde die Volkspartei zwar zur stärksten politischen Kraft; ihr Vorsprung vor den Sozialisten fiel jedoch weit geringer als allgemein erwartet aus. Der *Partido Popular* erhielt 38,85% der Stimmen und damit 156 (von 350) Sitze, die Sozialistische Partei 37,48% beziehungsweise 141 Sitze, das Linksbündnis *Izquierda Unida* 10,6% beziehungsweise 21 Sitze. Die katalanischen Nationalisten zogen mit 16, die baskischen mit fünf, die kanarischen mit vier Abgeordneten ins Parlament. Die Wahlbeteiligung lag bei 78%. Mit den vorgezogenen Neuwahlen und dem Regierungswechsel kehrte in Spaniens Politik wieder Ruhe ein. Die Krisenstimmung und das spannungsgeladene Klima der vorhergehenden Jahre waren überwunden.

Der knappe Wahlsieg des PP hatte zur Folge, daß Aznar parlamentarische Unterstützung von den bürgerlichen Nationalisten Kataloniens (CiU), des Baskenlandes (*Partido Nacionalista Vasco*, PNV) und der Kanarischen Inseln (*Coalición Canaria*, CC) brauchte. Am 4. Mai wurde Aznar schließlich vom Parlament mit 181 Stimmen (seines eigenen PP sowie der katalanischen, baskischen und kanarischen Regionalisten) zum neuen spanischen Ministerpräsidenten gewählt. Die Mehrheit im Parlament konnte die neue Regierung nur nach langen Verhandlungen (besonders mit den katalanischen Regionalisten der CiU) und mit der Zusage großzügiger Finanzleistungen für die Autonomen Regionen erreichen. Das neue Finanzierungsmodell löst die ältere Regelung von 1993 ab. Die Autonomen Gemeinschaften können jetzt über 30% der Lohn- und Einkommenssteuer eigenständig verfügen (früher waren es 15% gewesen). Am meisten profitiert (neben Galicien und Valencia) Katalonien davon; das Baskenland und Navarra haben eigene günstige Steuerregelungen. Der »Koalitionspakt« mit den katalanischen Nationalisten enthält auch weitere Zugeständnisse an die Regionen, etwa die Möglichkeit, zum Teil eigene Steuersätze festzusetzen, oder die Verantwortung über die Häfen und die Arbeitsämter. Dem baskischen PNV gegenüber verpflichtete sich die Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen über die vollkommene baskische Autonomie sowie zur Rückzahlung des nach dem Bürgerkrieg enteigneten PNV-

Vermögens. Volkspartei und CiU einigten sich auf die Abschaffung der Wehrpflicht für das Jahr 2001 und die Bildung einer Berufsarmee. In manchen Bereichen »vergaß« die neue Regierung einfach ihre Wahlankündigungen: So übernahm der PP die von ihm zuerst heftig angegriffene Politik der vorhergehenden PSOE-Regierungen, was die Behandlung von ETA-Häftlingen betrifft. Im Verhältnis zwischen Gesamtstaat und Autonomen Gemeinschaften mußte die Volkspartei ihr zentralistisches und anti-autonomistisches Programm aufgeben. Aznar hatte angekündigt, 5.000 höhere Stellen in der Staatsverwaltung abzuschaffen; schließlich wurden nur knapp 400 gestrichen, dafür entstanden aber andere.

Die erforderliche Rücksichtnahme auf die Parteien der Autonomen Gemeinschaften führte dazu, daß die neue konservative Regierung keine spanisch-nationalistische Politik treiben kann, wie das große Teile der Partei und auch die Spitzenkandidaten im Wahlkampf angekündigt hatten. Auch die versprochenen Steuersenkungen für die Wohlhabenden, die eine wirksame Defizitbekämpfung erschwert hätten, konnten nicht durchgesetzt werden, da die Katalanisten dafür nicht zu haben waren. Statt dessen erhöhte die Regierung mehrere indirekte Steuern für Verbrauchsgüter (Tabak, Alkohol). Die eindeutig europäische Einstellung der katalanischen Partei und die außenpolitischen Erfahrungen Pujols verhinderten eine allzu rechtsgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik. Spaniens Wirtschaftsverbände und Großbanken zeigten sich mit der politischen Wende in Madrid zufrieden; insbesondere lobten sie die wirtschaftsliberalen Reformen – etwa die Einleitung eines umfangreichen Privatisierungsprogramms – und die »ausgleichende Dialogbereitschaft« mit den Sozialverbänden.

Das Regierungsprogramm Aznars enthält vier Schwerpunkte: Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vertiefung der regionalen Autonomie; Stärkung der demokratischen Institutionen; Fortführung des europapolitischen Engagements. In der Europapolitik sollte der Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien zur Teilnahme an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion oberste Priorität eingeräumt werden. In der Verteidigungspolitik will sich Spanien auch in die militärische Kommandostruktur der NATO eingliedern.

Obwohl Aznar von einem »Kabinett der Mitte und der Reformen« sprach, sahen viele Kommentatoren eine deutliche Dominanz der rechtskonservativen »alten Garde«. Wichtige Posten wurden mit streng konservativen Personen besetzt: Der Militärjurist Federico Trillo, ein »hardliner« der Partei, wurde Parlamentspräsident. Manche Minister gehören dem rechten Flügel an: Umstritten ist etwa der konservative stellvertretende Regierungschef Francisco Álvarez Cascos. Auf dem rechten Parteiflügel sind die meisten Frauen in der Regierung angesiedelt. Erziehungs- und Kulturministerin Esperanza Aguirre lehnt als extreme Ultraliberale im Prinzip jede staatliche Subvention für Kultur ab (nicht jedoch für die Privatschu-

len, auf welche die Kinder der Reichen gehen). Die Justizministerin Margarita Mariscal ist zwar parteilos, wird aber dem rechten Umfeld der Volkspartei zugeordnet. Umweltministerin Isabel Tocino gehört der katholischen Laienorganisation Opus Dei an. Innenminister Jaime Mayor Oreja und Arbeitsminister Javier Arenas kommen aus früheren christlich-demokratischen Parteien. Eine Schlüsselrolle hat Finanz- und Wirtschaftsminister Rodrigo Rato inne, Verfechter eines strikt wirtschaftsliberalen Kurses. Außenminister Abel Matutes, ein früherer EU-Kommissar, hat manchen Mißgriff, vor allem gegenüber Lateinamerika, zu verantworten; in der EU-Politik zeigte sich die Regierung vorerst unsicher und wechselhaft.

Bei seinem Regierungsantritt fand Aznar positive volkswirtschaftliche Zahlen vor: Die Aktienkurse waren auf einem historischen Höchststand, die Zinsen fielen auf das niedrigste Niveau seit mehreren Jahren, die Pesete stieg auf ein neues Jahreshoch. Mit rund 2,2 Millionen arbeitslos gemeldeten Personen erreichte die Arbeitslosigkeit Mitte 1996 den niedrigsten Stand seit 1982. Zurückgeführt wurde die Senkung der Arbeitslosenzahlen auch auf die schnellen Arbeitsmarktreformen der Regierung (drastische Liberalisierung des Arbeitsrechts, Legalisierung von »Lehrlingsverträgen« mit Taschengeldbezahlungen).

Durch Ausgabenkürzungen (niedrigere staatliche Investitionen, geringere Gehälter im öffentlichen Dienst, Verkauf von Staatsfirmen) und Gebührenerhöhungen (für Geldspielautomaten, Flughafensicherheit, Gesundheitskontrollen, Lizenzgebühr für Fernmeldebetreiber, Spezialsteuer für Versicherungsprodukte) soll das Defizit auf die von Maastricht erlaubten drei Prozent des Inlandprodukts gedrückt werden. Neben Streichungen bei öffentlichen Investitionen werden die Subventionen für defizitäre Staatsbetriebe stark gekürzt; zahlreiche Privatisierungen staatlicher Betriebe (etwa des Telekom-Konzerns) sind vorgesehen. Die Sparanstrengungen konzentrieren sich auf die drei Ausgabenposten Verwaltung, Unternehmenssubventionen, öffentliche Investitionen. Die Zustimmung der baskischen Nationalisten zum Staatshaushalt erhielt Aznar, nachdem er der Regierung des Baskenlandes das Recht zugestand, »spezielle Steuern« (auf Tabak, Alkohol, Mineralöl) in ihrer Region selbst zu erheben.

Ende 1996 schickte sich Spanien an, die Maastrichter Konvergenzkriterien zu erfüllen: Die Inflation war auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gedrückt (3,6%), die Leistungsbilanz zeigte wieder Überschüsse, die Zinsen lagen bei einem historischen Tief (Leitzins: 6,75%), die Währung erwies sich an den Märkten als stabil, die Staatsverschuldung lag im Verhältnis zum Sozialprodukt unter dem EU-Durchschnitt, die Devisenreserven (56 Milliarden Dollar) hatten erheblich zugenommen. Die Stabilitätsfortschritte waren unverkennbar, Auslandsgelder strömten wieder massiv ins Land. Die Finanzwelt blickte mit großen Erwartungen der geplanten Währungsunion entgegen; »Euroforia« wurde zum

Wort des Jahres an Spaniens Börsen, die Aktienkurse kletterten 1996 von einem historischen Rekord zum anderen, der Markt für Peseten-Auslandsanleihen boomte. Ganz offensichtlich sorgten das Ende der langanhaltenden politischen Krise und die Machtübernahme der Konservativen für neue Zuversicht. Mit den sparpolitischen und wirtschaftsliberalen Entscheidungen der neuen Regierung sowie den Stabilitätsfortschritten setzte sodann in der zweiten Hälfte 1996 der massive Zufluß von Auslandskapital ein.

Der Regierungswechsel von 1996 führte in Spanien zu einem Gefühl von Zeitenwende; Aznar sprach (polemisch-übertrieben) gar von einer »zweiten *transición*«. Die Rückkehr der Konservativen an die Macht war für Spanien insofern von großer psychologischer Bedeutung, als damit »Normalität« unter demokratischen Bedingungen demonstriert werden konnte, nachdem zuvor die Überzeugung weitverbreitet gewesen war, die Rechte sei in Spanien nicht mehrheitsfähig. Die neuerliche Erfahrung eines geordneten Regierungswechsels war für die Spanier ein deutlicher Beleg für das Funktionieren ihrer demokratischen Institutionen.

Insgesamt hat die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in den bisherigen zwei Jahrzehnten spanischer Demokratie einen »vernünftigen« Verlauf genommen. Die Wähler haben bei den ersten Wahlen im Übergang zur Demokratie (1977, 1979) einer Koalition der rechten Mitte (UCD) mehrheitlich ihre Stimmen gegeben; die Regierungen unter Adolfo Suárez konnten unter Rückgriff auf die konstitutionelle Legalität des franquistischen Regimes die neue demokratische Legalität ohne allzu große Erschütterungen durchsetzen, was einer Linksregierung wegen der wahrscheinlich größeren Widerstände von seiten der Vertreter des alten Regimes wohl nicht gelungen wäre. Als besonders günstig erwies es sich dabei, daß die UCD im damaligen Parlament über keine absolute Mehrheit verfügte, weshalb sie zu einer Politik des »Konsenses« mit den anderen politischen Kräften gezwungen war. An Durchsetzung einer einseitigen parteipolitischen Haltung war nicht zu denken.

Als genauso günstig erwies es sich, daß der PSOE 1982 und während der gesamten achtziger Jahre mit absoluten Mehrheiten regieren konnte, da eine Linksregierung die erforderlichen Wirtschaftsreformen leichter als eine Rechtsregierung durchführen konnte. Da die Sozialisten auf keine Koalitionspartner Rücksicht nehmen mußten, sie außerdem über die Macht in den meisten Autonomen Gemeinschaften verfügten, konnten sie die notwendigen Reformen im sozio-ökonomischen Bereich konsequent durchführen. Unter dieser Perspektive des »vernünftigen« Wählens war es für Spanien wohl auch gut, daß der seit langem vorhergesagte Sieg der Konservativen 1996 eher knapp ausfiel, da der *Partido Popular* auf

diese Weise seine zentralistischen und allzu konservativen Positionen zurücknehmen und sich der Mitte annähern mußte. Sowohl die letzte Regierung der Sozialisten (1993-1996) als auch die der Konservativen seit 1996 waren zur Beschaffung parlamentarischer Mehrheiten auf »Legislaturpakete« angewiesen, durch welche die Parteien Kataloniens und des Baskenlandes in die Madrider Regierungsverantwortung mit eingebunden wurden. Die gesamtstaatlichen Parteien (PSOE, PP) wurden genauso wie die regionalistischen Parteien in ein Verantwortungsbündnis gezwungen, das beiden Seiten zahlreiche Kompromisse und Mäßigung abnötigte. Profitiert hat davon bis heute die spanische Demokratie.

Die Beiträge dieses Bandes

Viele der bisher kursorisch angesprochenen Aspekte werden in den folgenden Beiträgen gründlicher analysiert. Die Studien verfolgen ein mehrfaches Ziel: Zum einen geht es darum, nach der inzwischen zahlreich vorliegenden Literatur zur Transition eine Aufsatzsammlung vorzulegen, die sich von der Fixierung auf die Übergangsjahre löst und die Probleme einer im wesentlichen konsolidierten Demokratie untersucht. Zum anderen soll dem deutschen, an der wissenschaftlichen Spaniendiskussion interessierten Leser die Gelegenheit geboten werden, sich mit dem neuesten Stand der Forschung zur jüngsten spanischen Geschichte vertraut zu machen; es ist den Herausgebern gelungen, ausgewiesene Fachleute aus dem In- und Ausland als Autoren zu gewinnen. Schließlich besteht ein weiteres Ziel des Sammelbandes darin, ein übersichtlich aufgebautes und didaktisch gut verwertbares Übersichtswerk all jenen an die Hand zu geben, die sich beruflich oder privat für Spanien interessieren.

Kapitel I: Demokratische Konsolidierung und neue politische Kultur

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit den Problemen der demokratischen Konsolidierung, mit Wahlen und Wahlenthaltung, mit Aspekten der politischen Kultur im heutigen Spanien. Peter A. Kraus und Wolfgang Merkel skizzieren und analysieren den Demokratisierungserfolg Spaniens anhand eines systematischen Konsolidierungsmodells, das es erlaubt, eine differenzierte Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen der demokratischen Stabilität des Landes vorzulegen. Die beiden Autoren gehen von einem Mehrebenenmodell demokratischer Konsolidierung aus: Die erste Ebene stellt die konstitutionelle Konsolidierung, das heißt die zentralen politischen Verfassungsinstitutionen, dar, die zweite die repräsentative Konsolidierung, somit die territoriale und funktionale Interessenrepräsentation; auf der dritten Ebene geht es um die Verhaltenskonsolidierung der »informellen« politischen Akteure wie Militär, Großgrundbesitzer oder Unternehmer, auf der

vierten um die Konsolidierung der Bürgergesellschaft, des soziokulturellen »Unterbaus« der Demokratie.

Während der Konsolidierungsstand der ersten drei Ebenen voll ausgeprägt ist, hat – den Beobachtungen von Kraus und Merkel zufolge – die Zivilgesellschaft noch nicht dieselbe Kraft und Bedeutung wie in den alten Demokratien Europas. Dieses Ergebnis leitet unmittelbar zu dem Beitrag von Dag Oeing über, in dem »Profil und Motive der spanischen Nichtwähler« seit den ersten demokratischen Wahlen von 1977 bis heute untersucht werden. Der Autor geht der Frage nach, warum in Spanien regelmäßig ein Fünftel bis ein Drittel der Wahlberechtigten auf das ihnen von der Verfassung gegebene Recht, mittels Stimmabgabe bei den Wahlen Einfluß auf die demokratischen Entscheidungsprozesse zu nehmen, verzichtet. Darüber hinaus geht es ihm darum herauszufinden, wer nicht zur Wahl geht und ob es im Verlauf der letzten zwanzig Jahre Veränderungen innerhalb der Nichtwählergruppe gegeben hat. Mit Hilfe einer sehr differenzierten Analysemethode kann Dag Oeing feststellen, daß Spanien eine Verschiebung der Wahlenthaltung vom Land in die Stadt und vom ersten in den zweiten sowie vor allem in den dritten Sektor erlebt. Trotz der Heterogenität der Nichtwählerschaft läßt sich feststellen, daß die soziodemographischen Profile der Nichtwähler viele Merkmale sozialer Randgruppen aufweisen: Es sind (Haus-)Frauen, Ältere und Jüngere, »Singles«, Arbeitslose, Studenten, Rentner. Die Nichtwählerschaft scheint sich momentan in einem Strukturwandel zu befinden, bei dem sich eine Verlagerung aus sozialen Randpositionen ohne politisches Interesse hin zu einer Nichtwählerschaft politisch gebildeter und wirtschaftlich unabhängiger Bürger andeutet. Zugleich interpretieren Politikwissenschaftler die relativ hohe Wahlenthaltung in Spanien nicht als Ablehnung des politischen Systems an sich, sondern als Enttäuschung über den momentanen Zustand seiner Organe. Somit kommt auch Dag Oeing zu dem positiven Ergebnis, daß »die spanische Demokratie sich in einem sehr stabilen Zustand befindet«.

Andreas Hildenbrand untersucht die Entwicklung des Regionalismus und des Autonomiestaates in den letzten 20 Jahren. Seine materialgesättigte Studie nimmt eine Analyse und Bewertung der Praxis des spanischen Autonomiestaates vor. Zunächst behandelt er die Grundlagen der Dezentralisierung, insbesondere die in der Verfassung von 1978 festgelegten Weichenstellungen. Sodann werden die wichtigsten Etappen der zwischen 1979 und 1983 schrittweise erfolgten Konstituierung der 17 Autonomen Gemeinschaften skizziert. In Form einer synoptischen Bilanz stellt Hildenbrand als zentrale Aspekte seines Beitrages die Dynamik, Bestimmungsfaktoren und Hauptprobleme der seit 1983 erfolgenden Konsolidierung und Ausgestaltung des Autonomiestaates dar. Dabei beschäftigt er sich auch mit der Entwicklung des subjektiven regionalen Bewußtseins und der Herausbildung regionaler Parteiensysteme. Für die Jahre der sozialistischen Herrschaft geht

es um drei entscheidende Fragenkreise: um die Kompetenzenverteilung zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften, das Finanzierungssystem und die Beteiligung der Autonomen Gemeinschaften an der Willensbildung des staatlichen Gesetzgebers. Abschließend skizziert der Autor noch die autonomiepolitischen Maßnahmen der neuen konservativen Regierung Aznar.

Stellten Kraus und Merkel gewisse Defizite in der vollen Ausprägung der Zivilgesellschaft fest und konstatierte Oeing einen kontinuierlich hohen Anteil an Nichtwählern, so spricht Walter Haubrich in seinem Beitrag über die politische Kultur im Lande vom Desinteresse einer Mehrheit der Spanier an Politik überhaupt und von dem geringen Ansehen, das Politiker häufig südlich der Pyrenäen genießen. Er führt diese Geringschätzung politischen Tuns unter anderem auch auf die zahlreichen Korruptionsskandale während der sozialistischen Regierungsjahre zurück, auf den materialistischen Wertekatalog der achtziger Jahre, auf das Bereicherungsstreben der politischen Eliten. Des weiteren geht er auf besonders kritische Aspekte des öffentlichen Lebens ein: auf die »Politisierung der Justiz« und damit die »Justizialisierung der Politik«, auf die mitunter unverantwortliche Rolle mancher politischer Journalisten, auf den wenig positiven Beitrag spanischer Intellektueller zur politischen Kultur ihres Landes. Trotz vieler bedenklicher Aspekte kommt Haubrich schließlich doch zu einem Ergebnis, das die Resultate von Kraus / Merkel und Oeing bestätigt: »Bei aller verständlichen Ernüchterung besteht kein Grund, die Fortdauer der spanischen Demokratie [...] als gefährdet zu betrachten.«

Kapitel II: Alte und neue Machträger: Monarchie, Militär, Wirtschaft

Im zweiten Kapitel wird die Rolle der Krone, des Militärs, der Wirtschaft und der Gewerkschaften bei der Stabilisierung der Demokratie und der Sicherung des Wohlfahrtsstaates untersucht. Walther L. Bernecker geht in seinem Beitrag über die Rolle des Königs im Demokratisierungsprozeß der Frage nach, wie ein Teil des politischen Systems – die Krone – zur Demokratisierung beitragen konnte. Einleitend skizziert er den langen und schwierigen Weg »zurück zur Monarchie«, der während des Franquismus durchlaufen werden mußte. Sodann geht es um die staatsrechtliche Position des Monarchen in der Übergangsphase nach Francos Tod bis zur Verabschiedung der Verfassung von 1978. Die Frage, was eine selbst noch nicht konsolidierte Monarchie für die Festigung der Demokratie leisten konnte, verweist auf den Beitrag der Krone zur Verringerung der Legitimitätsdefizite, die andere Teile des politischen Systems aufwiesen. Dabei wird die politische Rolle des Königs als »Motor des Wandels« dargestellt, bevor die Legitimitätsproblematik und die verschiedenen Legitimationsformen erörtert werden. Schließlich geht es um die Stellung des Monarchen in der Verfassung und um das

Verhältnis von Monarchie und Demokratie in Spanien. Als Fazit läßt sich festhalten, daß die von Juan Carlos eingeschlagene Strategie und die Erfolge im Demokratisierungsprozeß das Gesamtsystem legitimierten und stabilisierten. Es war die Monarchie, die bei der Durchsetzung der Demokratie einen entscheidenden Beitrag leistete; sie war ein nicht zu überschätzender Faktor bei der Überwindung des autoritären Systems.

Martina Fischer analysiert in ihrem Beitrag Bruch und Kontinuität im Verhältnis von Militär und Gesellschaft in Spanien. Ausgehend von den antidemokratischen Traditionen des spanischen Militärs, den Putschabsichten und Umsturzplänen in den ersten Jahren der Transition, geht es ihr zentral um die Militärpolitik der achtziger Jahre, das heißt um den Reform- und Modernisierungsprozeß, den das spanische Militär in den sozialistischen Regierungsjahren durchlief. Sie untersucht die Neuordnung der Kompetenzen zwischen militärischer und politischer Ebene und die Umstrukturierung der Armee, die Ausrüstungsmodernisierung, die Widersprüche in diesem Prozeß. Sodann analysiert die Autorin die Akzeptanzprobleme in der Gesellschaft und den Dissens über das Rekrutierungssystem als Auslöser für eine Selbstverständniskrise in der Armee sowie, in deren Gefolge, das Bemühen des Verteidigungsministeriums um eine Verbesserung der zivilmilitärischen Beziehungen. Abschließend geht Martina Fischer auf die Vollendung der Bündnis-Integration und die Orientierung auf weltweite Einsatzfelder sowie auf den Beschluß zur Abschaffung der Wehrpflicht ein. Ein Teilfazit auch ihrer sehr detailreichen Untersuchung lautet: »Daß das spanische Militär weiterhin versuchen könnte, die parlamentarische Demokratie durch Putsch aus den Angeln zu heben und die Zeit zurückzudrehen, kann ernsthaft niemand mehr erwarten.«

Gabriel M. Pérez-Alcalá schildert den Weg der spanischen Wirtschaft nach Maastricht als eine Erfolgsgeschichte. Und in der Tat nahm die Ökonomie des Landes spätestens seit dem EG-Beitritt 1986 einen beträchtlichen Aufschwung, der sie konkurrenzfähig machte gegenüber den großen europäischen Partnern Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Verantwortlich für den Aufschwung war aber nicht nur der EG-Beitritt, sondern auch die relativ erfolgreiche Wirtschaftspolitik sozialdemokratischer Prägung mit einem deutlich liberalen Einschlag, für die die verschiedenen Regierungen unter Felipe González verantwortlich zeichneten. Die gesamte Wirtschaft wurde Schritt für Schritt einer Umstrukturierung unterzogen, die sie dem westeuropäischen Standard annäherte und die Erfüllung der Maastricht-Kriterien als realistisch erscheinen läßt. So gesehen ist es verständlich, daß Spanien sich heute ebenso wie andere EU-Länder um das wirtschaftliche Wohlbefinden der Euro-Lokomotive Deutschland sorgt, daß die spanische Wirtschaft aber gleichzeitig die Gewißheit hat, nicht mehr nur in Abhängigkeit von stärkeren Partnern zu stehen, sondern eigenständig einen wich-

tigen Beitrag zur Realisierung der Maastricht-Ziele leisten zu können. Die Einführung des Wohlfahrtsstaates hat zwar über viele Jahre hinweg die Inflation angeheizt, doch der relative soziale Friede, den Spaniens Regierungen auch und gerade durch ihre Wirtschaftspolitik stabilisieren konnten, war ein Ziel, das diesen Preis rechtfertigt. Wenn heute die Regierung Aznar auf eine wohlgeführte Wirtschaft verweisen kann, so ist es gewiß nicht ihr Verdienst allein. Sie erntet vielmehr die Früchte eines demokratischen Stabilisierungs- und eines wirtschaftlichen Aufbauprozesses, den im wesentlichen die verschiedenen Regierungen González in Gang gesetzt haben.

Holm-Detlev Köhler liefert einen in historische Etappen und Themenbereiche gegliederten Überblick über die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften im demokratischen Spanien. Er beginnt mit einem Rückblick auf die Tradition der Arbeiterbewegung und die Ausgangsbedingungen zu Beginn der »gewerkschaftlichen Transition«, des Demokratisierungsprozesses der Gewerkschaften und der Arbeitsbeziehungen nach Francos Tod. Sodann faßt er die für die Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen wesentlichen Ergebnisse des Demokratisierungsprozesses zusammen und stellt die Akteure, die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die politischen und wirtschaftlichen Konfliktfelder in ihren historischen Rahmen. Von besonderer Bedeutung sind Entwicklung und Struktur der Arbeitsbeziehungen sowie die Probleme des letzten Jahrzehnts, in dem sich Gewerkschaften und Arbeitgeber den Folgen der europäischen Integration und einem fortgesetzten ökonomischen Strukturwandel stellen mußten. Köhlers Fazit ist für die Gewerkschaften wenig optimistisch, da der Austeritätsdruck, der Trend zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und zur Individualisierung der betrieblichen Beschäftigungsverhältnisse andauern werden.

Kapitel III: Zum Wandel in der Gesellschaft

Die folgenden vier Beiträge thematisieren wichtige Wandlungsprozesse in der spanischen Gesellschaft der letzten zwei Jahrzehnte. Roland Ostermann untersucht zwei Hauptmerkmale der sozialen Umbruchsituation nach Francos Tod: Kriminalität und illegalen Drogenkonsum. Er stellt diese beiden Erscheinungsformen »abweichenden Verhaltens« in die größeren Zusammenhänge von gesellschaftlicher Modernisierung und politischem sowie sozioökonomischem Wandel. Obwohl der politische Übergang und der wirtschaftliche Restrukturierungsprozeß abgeschlossen sind, konnten Drogenmißbrauch und Kriminalität bis heute nicht wesentlich eingedämmt werden. Im Verständnis der Bevölkerung zählen sie neben der hohen Arbeitslosigkeit und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zu den zentralen Konfliktfeldern der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes nach 1975. In Zusammenhang mit illegalem Drogenkonsum und dem Bereich kriminel-

len Verhaltens spricht Ostermann von einer spanischen »Sonderentwicklung«, was weniger auf die absoluten Zahlen als vielmehr auf den beschleunigten Anstieg dieser Devianzformen im Zeitraum von nur wenigen Jahren verweist: »Es ist anzunehmen, daß Drogenmißbrauch und Kriminalität die eigentlichen Schattenseiten des umfassenden Modernisierungsprojektes von Staat und Gesellschaft in Spanien nach 1975 darstellen.«

Nicht weniger dramatisch haben sich im Spanien der letzten 20 Jahre die Rolle der Kirche in Staat und Gesellschaft und die Religiosität der Spanier geändert. Carlos Collado Seidel geht in seinem Beitrag davon aus, daß zu Beginn der Transition die Kirche ihren eigenen, für viele Mitglieder des Klerus schmerzhaften Übergangsprozeß schon hinter sich gebracht hatte. Nach 1975 verhinderten die Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils eine aktive politische Parteinahme der kirchlichen Führung; die Kirche hielt sich betont im Hintergrund. Sie ließ sich auch nicht mehr für politische Zwecke instrumentalisieren, spielte in der Transition vielmehr eine stabilisierende Rolle. Im weiteren Verlauf seiner Untersuchung skizziert Collado Seidel die dramatische Veränderung (Reduzierung) der religiösen Praxis nach 1975 sowie die »Privatisierung von Glauben und Religion«. Im Gegensatz zum Rückgang der »offiziellen« religiösen Praxis läßt sich allerdings ein gewaltiger Aufschwung an »volksreligiösen« Formen (Prozessionen, Wallfahrten, populäre Heiligenkulte) feststellen. Nach Abschluß der Transition endete auch die Zurückhaltung der Kirche in öffentlichen Belangen; Staat und Kirche gerieten nunmehr immer öfter aneinander. Konkrete Problemfelder in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat waren (und sind) die Finanzierung der Kirchen, das Erziehungswesen und der katholische Religionsunterricht, die Regelung des Ehescheidungsrechtes, des Abtreibungsgesetzes und der Sterbehilfe. Die spanische Gesellschaft, so das Fazit des Autors, befindet sich im Hinblick auf ihre Religiosität und das Verhältnis zur Amtskirche nach wie vor in einem Umwandlungsprozeß, in dem die Kirche immer noch Schwierigkeiten hat, in einer säkularisierten und pluralen Gesellschaft zurechtzukommen.

Claudia Hölzle erläutert in ihrem Beitrag, wie Spanien seit den siebziger Jahren durch eine Bildungsreform in mehreren Phasen das Schulsystem aus Francos Zeiten an die Bildungsstandards der Europäischen Gemeinschaft heranführt. Der Konvergenzdruck, der von Europa ausging und immer noch ausgeht, betraf vor allem das allgemeinbildende und das berufsbildende Erziehungssystem. Spanien mußte u.a. die Dauer der allgemeinen Schulpflicht aufstocken, die Gliederung des Schulsystems grundlegend ändern und die Qualifikationsanforderungen europäischem Standard anpassen. Besonders viel Mühe bereitet dabei auch heute noch die berufliche Ausbildung, die in Spanien zu lange betriebliche und schulische Inhalte und Praktiken voneinander getrennt halten wollte. Interessant ist auch, daß bereits 1970 ein Bildungsgesetz vorgelegt wurde, das erstaunlich fortschrittliche

Elemente, wie das Prinzip der *educación permanente*, enthielt, Elemente freilich, die nicht immer umgesetzt wurden. Spätere Bildungsreformen, insbesondere die 1990 beschlossene LOGSE, brachten aber das spanische Bildungssystem, und insbesondere die Berufsausbildung, entschieden auf den Weg der EU-spezifischen Normen, so daß heute berechtigte Hoffnung besteht, auch für die jungen Spanierinnen und Spanier annähernd gleiche Chancen auf einem erweiterten Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Eingriffe der neuen konservativen Regierung in die noch laufende Umsetzung der LOGSE lassen aber mitunter befürchten, daß in manchen Bereichen die Reformuhr wieder etwas zurückgedreht wird.

Karl-Wilhelm Kreis zeichnet in seinem Beitrag die Entwicklung der Situation der Frau seit dem Ende des Franco-Regimes bis heute nach. Die Systematik seiner Darstellung folgt der Aufgliederung in vier Teilbereiche: Frau und Recht, Frau und Erziehung, Frau und Arbeit, Frau und Politik. Auf der Ebene der Legislative ist ein grundlegender Wandel gegenüber der Franco-Zeit zugunsten der Gleichberechtigung der Frau erreicht worden. Ob die gesetzlichen Neuerungen im Verlauf der vergangenen 20 Jahre auch ein Korrelat in der gesellschaftlichen Praxis gefunden haben, wird anhand der übrigen drei Bereiche untersucht. Dabei kommt Kreis zu vielfältig-differenzierten Ergebnissen: Rein quantitativ ist eindeutig eine Änderung zugunsten der Frau in Form eines stetigen Anstiegs des weiblichen Anteils an der öffentlichen Bildung zu konstatieren; allerdings ist eine Tradierung weiblicher Berufsrollenmuster festzustellen, was auch mit den (bis heute fortwirkenden) eklatanten Widersprüchen zwischen dem emanzipatorischen Anspruch der demokratischen Regierung und der Praxis des von ihr zu kontrollierenden Bildungswesens insofern zusammenhängen kann, als weiterhin eine Reproduktion von unter dem Franquismus geförderten Vorstellungen von weiblicher Ungleichheit in den inhaltlichen Aspekten der laufenden Erziehungsprogramme stattfindet. Im Vergleich zu den Bewertungen der stagnierenden Entwicklung im Schulbuchbereich zeichnet sich im Fernsehen zumindest die Tendenz eines Wandels zum allmählichen und teilweisen Verschwinden historisch überholter Stereotypen des Verständnisses geschlechtsspezifischer Rollenmuster ab.

Im Bereich »Frau und Arbeit« ist nur bedingt eine positive Bilanz zu ziehen: Auf vielen Sektoren ist zwar Zahlengleichheit von Männern und Frauen erreicht, in einigen gibt es sogar ein leichtes Übergewicht der Frauen; die Demokratie hat auch den Frauen den Zugang zu Berufen des Rechtswesens, der Medizin oder des Journalismus eröffnet. Allerdings ist den Frauen immer noch nicht in dem ihrer Qualifikation gebührenden Maß Aufnahme in Führungspositionen gewährt worden. Auch in der Politik hat erst die Demokratie die Voraussetzung für eine offizielle Beteiligung der Frauen geschaffen. Ein durchgreifender Wandel wurde Ende der achtziger Jahre konstatierbar, als Frauen wichtige und zahlreiche Positionen in verschiedenen öffentlichen Funktionen einnahmen.

Die bis zum Ende der PSOE-Regierung (1996) aufzeigbare Tendenz zur stetigen Steigerung des weiblichen Anteils in fast allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen setzte sich unter der neuen konservativen Regierung insofern fort, als Aznar vier Frauen in sein Kabinett berief. Allerdings distanzieren sich die Ministerinnen deutlich von feministischer Politik, sie diskriminieren die Arbeit des »Fraueninstituts«, haben die Erhöhung der staatlichen Förderungsmittel für den konfessionellen Privatschulbereich verfügt, schleusen besonders Konservative in die ministeriale Verwaltung ein. Ganz offensichtlich muß der Kampf der Frau um gesellschaftliche Gleichberechtigung unvermindert fortgesetzt werden.

Kapitel IV: Spanien und das Fremde

Im vierten Kapitel wird Spaniens Umgang mit dem Fremden in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, soziokultureller und mentaler Hinsicht behandelt. Die Modernisierungsschübe, die Spanien intensiver als andere westeuropäische Länder in den letzten beiden Jahrzehnten erlebte, konfrontierten das Land mit einem Phänomen, das in der Francozeit wenig beachtet wurde, da man es teilweise tabuisiert hatte: die Öffnung nach außen und die Auseinandersetzung mit dem Fremden in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Ana Barro und Klaus Dirscherl weisen in ihrem Beitrag auf die historischen Gründe dieser teilweisen Tabuisierung oder Ausgrenzung fremder Menschen und fremder Kulturen hin, um dann die aktuellen Schwierigkeiten zu erläutern, die Spanien mit der Tatsache hat, daß es sich heute, in Zeiten des wirtschaftlichen Booms, in ein Einwanderungsland verwandelt und gleichzeitig alle Jahre von ca. 40 Millionen ausländischen Touristen aufgesucht wird. Fremdenfeindliche Reaktionen gegenüber ungebetenen und umworbene Gästen gilt es dabei in ihrem Stellenwert ebenso zu beurteilen wie konfligierende wirtschaftliche und außenpolitische Interessen, die man in dieser heiklen Situation auf einen Nenner bringen muß.

Spaniens neue Rolle in der EU und seine immer noch ambivalente Haltung gegenüber den lateinamerikanischen »Brudernationen« machen deutlich, daß das Land einhundert Jahre nach der Katastrophe von 1898 und dem darauf folgenden Rückzug in sein eigenes Inneres nicht mehr umhin kann, sich der Außenwelt zu öffnen. Traditionsbewußtsein und Augenmaß sind dabei ebenso gefragt wie demokratische Normen, die es beim Umgang mit dem Fremden zu praktizieren gilt. Schließlich will man weiterhin gute Fortschritte auf dem Wege der Modernisierung erzielen, und diese wird sich mehr denn je im Kontext einer sich globalisierenden Welt vollziehen. So gesehen liefert der Beitrag Materialien und Einsichten zu dem zunehmend wichtigen Feld der interkulturellen Kommunikation, die sich nicht nur beim Umgang von Menschen unterschiedlicher Kulturen auf internationaler Ebene abspielt, sondern auch im Inneren Spaniens selbst stattfindet.

Norbert Rehrmann untersucht im gleichen Kapitel Spaniens Blick nach Lateinamerika, wie er sich im Diskurs seiner Intellektuellen artikuliert. Er kommt dabei zu der etwas überraschenden und nicht unbedingt erfreulichen Erkenntnis, daß nicht nur konservative, sondern auch progressiv inspirierte Meinungsführer und Schriftsteller immer noch nicht ohne weiteres bereit sind, ihre postkoloniale und in aller Regel »panhispanistische« Betrachtungsweise jenes Teils der Erde aufzugeben, der sich längst auf unterschiedliche Weise zu einer Vielfalt von (auch konkurrierenden) Staaten entwickelt hat und der seine kulturellen Beziehungen zum einstigen »Mutterland« Spanien keineswegs nur als Segen empfindet. Schuld an der Persistenz panhispanistischer Haltungen gegenüber Lateinamerika sind für Rehrmann zum Teil die »Interpretationskartelle« der spanischen Lateinamerikaforschung, die fortfahren, ein Bild vom einstmals spanischen Subkontinent zu produzieren, das weder seiner soziopolitischen Realität entspricht, noch von seinen Einwohnern goutiert wird. Besonders deutlich wurde diese mentale Kluft zwischen Spanien und Lateinamerika 1992 anlässlich des *Quinto Centenario*, bei dem das offizielle Spanien sich – vor den Augen der Welt – immer noch ziemlich schwer tat, die kulturelle Heterogenität Lateinamerikas in Geschichte und Gegenwart anzuerkennen.

Rafael Domínguez schließlich stellt die wirtschaftlichen Vorteile, die landesplanerischen Konsequenzen und die ökologischen Folgeerscheinungen des von Krisen selten gebremsten Tourismusbooms dar, der Jahr für Jahr die Volkswirtschaft Spaniens mit seinen Erträgen in Schwung bringt und der besonders in den touristisch attraktiven Landesteilen zu einer soziokulturellen und landesplanerischen Neustrukturierung ganzer Landstriche führt. Die Bemühungen des Staates, gesetzgeberisch den manchmal bedenklichen touristischen Wildwuchs in vernünftige Bahnen zu lenken, werden dabei ebenso dargestellt (etwa die berühmte *Ley de Costas*) wie die Umwandlung traditionell landwirtschaftlich geprägter Gegenden in Wirtschaftsräume mit einer starken Dominanz des Dienstleistungssektors und die großen Wanderungsbewegungen vom Binnenland an die Küsten, die eine solche Wandlung nach sich zieht.

Kapitel V: Medienkultur

Das letzte Kapitel wird der Kultur und ihrer immer deutlicher werdenden Prägung durch die (neuen) Medien gewidmet. Gerade im Beitrag zu Spaniens Intellektuellen wird deutlich, daß die demokratische Öffnung der *transición* nicht nur die »Wiederbelebung des intellektuellen Feldes« bedeutete, wie Ulrich Winter unter Verwendung eines zentralen Begriffs von Pierre Bourdieu ausführt, sondern daß die kritische Teilnahme von Philosophen, Schriftstellern und Künstlern an der Debatte über Spanien und seine Probleme in zunehmendem Maße von der fort-

schreitenden Mediatisierung der kulturellen Praxis geprägt ist. Unmittelbar nach Francos Tod machte den Intellektuellen zwar noch erheblich die Ansicht zu schaffen, daß sie als Schriftsteller und Denker – trotz ihres geistigen Widerstands – wenig zur Veränderung oder gar Abschaffung des alten Regimes beitrugen. Gerade im Aufbau eines neuen demokratischen Systems sah man dann aber zu Recht ein weites Feld der Betätigung, die von der kritischen, aber distanzierenden Kommentierung soziopolitischer Fragen etwa eines Juan Goytisolo bis hin zur Partizipation an der politischen Macht reicht, wie sie Jorge Semprún zeitweise praktizierte. Die Verlagerung der intellektuellen Aktion vom Essay, vom Pamphlet und der öffentlichen Kundgebung in die Kommentarspalten und Talkshows der heute dominierenden Medien bedeutet zwar eine Veränderung kultureller Praxis, die Spanien mit anderen Ländern teilt. Aber gerade aufgrund der gegenüber Deutschland besonders auffälligen Medienpräsenz einiger spanischer Intellektueller ergeben sich Einflußmöglichkeiten, um die sie deutsche Intellektuelle durchaus beneiden könnten. Die Gefahren der medialen Verflachung und der Flucht in die wohlinszenierte Brillanz der Formulierung sind dabei freilich unübersehbar.

Hans-Jörg Neuschäfer präsentiert deshalb in seinem Beitrag nicht eigentlich die aktuelle spanische Literatur, sondern vielmehr den »Literaturbetrieb«, der sie hervorbringt, d.h. also jene neue Geschäftigkeit der Schriftsteller, ihrer Agenten und Verleger, die darauf abzielt, die Literatur, ihre Stars und ihre Ereignisse mediengerecht zu inszenieren. Die Annäherung bestimmter Literaturformen an den Journalismus wird dabei ebenso kommentiert wie die Infizierung mit Businesspraktiken, die die Literaturkritik, die Vergabe von gut dotierten Literaturpreisen, sogar die altherwürdige *Real Academia* und – warum nicht – auch die Inhalte der Literatur selbst (vgl. den Erfolgsroman *El Premio* von Manuel Vázquez Montalbán) erfaßt.

So wie die heutige Literatur ihren Mann bzw. ihre Frau im Medienwettbewerb stellen muß, gilt dies in noch viel stärkerem Maße für die Presse, speziell die Tagespresse. Jean-Pierre Castellanis Beitrag leistet deshalb neben einer Präsentation des nationalen und regionalen Zeitungsmarktes und einer Schilderung des Aufstiegs der zwei führenden Blätter (*El País* und *El Mundo*) im Kontext der *transición* eine medienkritische Analyse der Konkurrenzsituation speziell mit dem Fernsehen, in der sich die heutige Tagespresse (nicht nur in Spanien) befindet. Dabei wird u.a. der Frage nachgegangen, warum sich auf dem spanischen Zeitungsmarkt ein Blatt vom Stile der *Bild-Zeitung* (bisher) nicht durchsetzen konnte und wieso in der Folge nicht nur rosarote Wochenmagazine (in Spanien die *prensa amarilla*), sondern auch das Fernsehen und sogar die seriöse Tagespresse auf nationaler Ebene sich manchmal im Stile der *prensa amarilla* präsentieren und – der Erfolg von *El Mundo* zeigt es – mit Enthüllungsjournalismus offensichtlich auf interessierte Leser stoßen.

Klaus-Peter Walter stellt in seinem Beitrag wichtige Trends der spanischen Spielfilmproduktion seit der *transición* dar. Er geht dabei schwerpunktmäßig auf den mittlerweile auch weltweit geschätzten Kultregisseur Pedro Almodóvar ein und macht deutlich, daß die heute schon wieder verebbte *movida* der achtziger Jahre zumindest im Film zu einer künstlerischen Komplexität gereift ist, die man in der Tat als *das* Kulturereignis der *transición* bezeichnen könnte. Denn der spanische Film hat es geschafft, nicht nur im eigenen Land Zuschauerrekorde gegenüber der nordamerikanischen Konkurrenz zu erzielen, sondern er hat auch international künstlerische und wirtschaftliche Anerkennung gefunden. Fernando Trueba oder der junge Amenábar, aber auch die Filme der vor kurzem gestorbenen Pilar Miró machen deutlich, daß es der spanischen Filmindustrie als einer der wenigen in Europa (neben der Frankreichs) mitunter gelingt, gegen die Übermacht Hollywoods zu bestehen. Eine der Überlebensstrategien besteht dabei in der Kooperation mit dem Fernsehen, ohne dessen Mitfinanzierung die meisten Filme nicht mehr gedreht werden könnten. Daß dies auch Folgen für die Qualität und die Art der Geschichten hat, die der spanische Spielfilm heute erzählt, kann man an vielen Almodóvar-Filmen, an den Filmen aus den Autonomen Regionen, aber auch an dem zuletzt hochgelobten Medien-Thriller *Tesis* von Amenábar studieren.

Peter M. Spangenberg liefert in seinem Beitrag zur »Liberalisierung des Fernsehens« eine Analyse des seit 1997 entbrannten »Fernsehkriegs«, nachdem er zunächst die Geschichte des spanischen Fernsehens seit der *transición* erzählt, die wirtschaftlichen Verflechtungen und die Politisierung dieses Teils des Medienmarktes erläutert, um dann die seit mehr als einem Jahr geführte Auseinandersetzung um den Telekommunikationsmarkt der Zukunft zu schildern. Dabei wird nicht nur das enorme wirtschaftliche Gewicht deutlich, um das es bei diesem Medienkrieg geht, sondern auch die politischen Konsequenzen, die sich daraus unter Umständen für die Zukunft Spaniens ergeben können. Spangenberg weist zu Recht darauf hin, daß große Entscheidungen auf dem Medienmarkt stets auch folgenreich für die Entwicklung der politischen Kultur und der Machtverhältnisse im Lande waren. Man denke nur an die Folgen der frühen Lizenzerteilung an *El País* noch vor Beginn der eigentlichen *transición* oder die Einführung des Regionalfernsehens gegen den Wunsch der Zentralregierung in den achtziger Jahren. Gerade am Beitrag von Peter M. Spangenberg wird deutlich, daß kulturelle Praxis heute mehr denn je mit dem Markt und speziell dem Medienmarkt, und zwar nicht nur auf nationaler, sondern auf internationaler Ebene verbunden ist, und daß kulturelle Leistungen und Entwicklungen, Kulturgeschichte also, immer auch Wirtschafts- und Politikgeschichte sind.

Der in den vorhergehenden Absätzen gegebene Überblick über Zielsetzung, Aufbau und Inhalt des Bandes läßt deutlich werden, daß die Beiträge ein breites Themenspektrum aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur abdecken; die unterschiedlichen Zugänge und Fragestellungen der Autoren – die allesamt Spezialisten für die von ihnen bearbeiteten Aspekte sind – stellen darüber hinaus sicher, daß sich vor dem Auge des Lesers ein wissenschaftlich fundiertes, gleichwohl pluralistisch ausdifferenziertes Bild einer höchst komplexen Wirklichkeit von Spaniens Gegenwart auftut. Natürlich bleibt jeder Sammelband Stückwerk; auch im vorliegenden konnte keine erschöpfende Erfassung aller relevanten Aspekte der Entwicklung der letzten Jahrzehnte erfolgen. Eine Chronologie sowie eine sorgfältig ausgewählte und nach Sachthemen gegliederte Bibliographie sollen dafür eine Weiterbeschäftigung mit hier nicht oder nur unzureichend behandelten Aspekten erleichtern.